

ZEITREISE



# Die Glocken läuteten

**ANSCHLUSS** Vor 70 Jahren verliebte sich Adolf Hitler sein Geburtsland Österreich ein

Von Peter Meier-Bergfeld

Der „Führer“ weinte. Dann unterzeichnete er am 13. März 1938 im Linzer Hotel Weininger das Gesetz zum Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich. Zwei Tage später trat Adolf Hitler auf den Balkon der Wiener Hofburg und sprach zu den 300 000 frenetisch Jubelnden auf dem Heldenplatz von der größten Vollzugsmeldung seines Lebens – dem „Eintritt meiner Heimat in das Deutsche Reich“.

Der Anschlussgedanke war damals in beiden Ländern weit verbreitet. 1918 hatten die Wiener und Berliner Nationalversammlungen in ihren Verfassungen „Deutsch-Österreich“ als einen „Bestandteil des Deutschen Reiches“ bezeichnet. Bei einem Volksentscheid stimmten 1921 in Tirol 98,8 Prozent dafür, in Salzburg sogar 99,3 Prozent. Allerdings verboten die Siegermächte weitere Abstimmungen, ebenso die 1931 geplante Zollunion beider Länder.

Seit März 1933 herrschte in Österreich die austrofaschistische Diktatur des Engelbert Dollfuß ohne Parlament, ohne Verfassungsgericht, dafür mit Standgerichten, Anhaltelagern, Partei- und Publikationsverboten. Von Hitler-Deutschland grenzte sich Dollfuß ab. Stattdessen stützte das faschistische Italien die österreichische Unabhängigkeit. 1934 ließ Dollfuß NSDAP, Sozialdemokraten und Gewerkschaften verbieten. Alleinige Staatspartei war die Vaterländische Front (VF).

Nach dem Tod des Diktators während eines Putsches der Nazis im Juli 1934 wurde der tief katholische, von seinem österreichischen Deutschtum durchdrungene Kurt von Schuschnigg Bundeskanzler. Er wollte die „Nationalen“ bändigen. Katholisch zu sein und antidemokratisch-deutschnational, das ging damals zusammen. Der Ständestaat Österreich wollte das „bessere Deutschland“ sein. Die Repressionen gegen die NSDAP-Österreich, die seit 1926 der deutschen Schwesterpartei unterstand, führten gleichzeitig zur Flucht von rund 40 000 Nazis ins Reich.

**Doch Hitler griff mit Druck und Drohungen nach seinem Heimatland.** Am 12. Februar 1938 traf er sich mit dem österreichischen Kanzler auf dem Obersalzberg. Kettenraucher Schuschnigg musste sich – natürlich ohne sein Suchtmittel – lange Erörterungen anhören, warum Österreich eine einzige „Verratspolitik“ betreiben. „Es ist unmöglich, dass in Österreich einer ins Gefängnis kommt, weil er ‚Heil Hitler!‘ sagt... Sie werden doch nicht glauben, dass Sie mich auch nur eine halbe Stunde aufhalten können... Über Nacht ist doch der ganze lächerliche Spuk in Österreich zerstoßen.“

Hitlers Druck wirkte. Schuschnigg verpflichtete sich im Berchtesgadener Abkommen, eine Amnestie für alle NS-Täter zu erlassen und dem eher gemäßigten katholischen Nationalsozialisten Arthur Seyß-Inquart das Innenressort zu überlassen. Der Bundeskanzler glaubte Österreich gerettet. Hitler dagegen sah nun die Machtübernahme in Wien „auf legalem Wege“ voraus. Unter anderem in Graz provozierten die

Nationalsozialisten Unruhen. So in die Enge getrieben, kündigte Schuschnigg aber am 9. März unerwartet für den 12. März eine Volksabstimmung über ein „freies, deutsches, unabhängiges und soziales, christliches und einiges Österreich“ an.

Hitler schäumte, weil er das Berchtesgadener Abkommen zerrissen sah. Am 11. März 1938 verlangte Reichsluftfahrtminister Hermann Göring aus Berlin telefonisch ultimativ vom österreichischen Bundespräsidenten Wilhelm Miklas, die Volksabstimmung abzusetzen und Seyß-Inquart zum Kanzler zu ernennen. Miklas lehnte ab.

**In den Stunden danach wurden die ultimativen Forderungen aus Deutschland immer drängender.** Sie zeigten Wirkung. Um 17.15 Uhr „verschob“ Schuschnigg die Volksabstimmung. Um 19.47 Uhr verabschiedete er sich von den Österreichern: „Wir weichen der Gewalt“, klagte er. Sein Land wolle „um keinen Preis... deutsches Blut vergießen“, daher habe sich das Bundesheer „ohne Widerstand“ zurückzuziehen. Hektische Hilferufe der österreichischen Regierung an die Siegermächte ergaben nur die resignierte Erkenntnis, dass niemand Österreich bestehen wollte. Die Alliierten hielten die Ereignisse für eine „innerdeutsche Angelegenheit“.

Um Mitternacht wurde Seyß-Inquart Kanzler. Am Morgen des 12. März um 8 Uhr überschritt die achte bayerische Armee die österrei-



**Jubel:** Hitlers Soldaten wurden bei ihrem Einmarsch wie hier in Innsbruck über-schwänglich empfangen. FOTO: ULLSTEIN

chischen Grenzen auf breiter Front. Der Jubel war ungeheuer. Die Glocken läuteten. Alfred Jodl, noch Oberst, später Generaloberst, hatte befohlen, dass alle Kraftfahrer Brillen tragen mussten, sonst „werden ihnen durch die Blumen die Augen ausgeschossen“. Der Führer versprach, aus Österreich einen „blühenden Garten“ zu machen.

Schuschnigg rettete seine Haut mit der Erklärung vom 11. Juni 1938, er stehe „in bedingungsloser und vorbehaltloser Loyalität zu Führer, Reich und Volk“. Er starb 1977 in Tirol. Seyß-Inquart wurde in Nürnberg gehängt.

# Der falsche Kronzeuge

**SOZIALSTAAT** Gern verweisen Linke darauf, dass es den Mindestlohn in den USA schon seit Roosevelt gibt. Das Amerika von 1938 und das Deutschland von heute trennen jedoch Welten

Von Philipp Gassert

Das war's.“ Mit einem Seufzer setzte US-Präsident Franklin D. Roosevelt am 25. Juni 1938 seine Unterschrift unter den „Fair Labor Standards Act“ (FLSA). Fünf Jahre lang hatte er für dieses Gesetz gekämpft, sich deshalb mit dem Obersten Gerichtshof und Teilen seiner eigenen Partei angelegt. Nur mit Geschäftsordnungstricks hatte er ein Veto mächtiger Abgeordneter in letzter Sekunde vereitelt. Der FLSA führte einen Mindestlohn von 25 Cent pro Stunde ein, begrenzte die maximale Arbeitszeit auf 45 Stunden pro Woche und verbot ausbeuterische Kinderarbeit. Eine eigene Behörde sollte die Überwachung des Gesetzes sicherstellen. Geld- oder Gefängnisstrafe (oder beides) drohte dem, der vorsätzlich die gesetzlichen Standards unterließ.

Über den Mindestlohn wird auch in Deutschland seit Monaten erhitzt gestritten. Gewerkschaften und Sozialdemokraten verweisen in der Debatte gern auf Roosevelt, ganz nach dem Motto: Wenn es sogar in den so kapitalistischen USA seit 70 Jahren einen Mindestlohn gibt, ist er in der sozialstaatlichen Bundesrepublik längst überfällig. Einem genaueren Blick hält diese Argumentation jedoch kaum stand: Zwischen dem Amerika von 1938 und dem Deutschland von 2008 liegen Welten.

Amerika hatte damals die Große Depression noch nicht überwunden, in Deutschland boomt heute die Wirtschaft. Roosevelt setzte auf die Ankerbelugung des privaten Konsums, nachdem massive staatliche Investitionen die Massenarbeitslosigkeit nicht signifikant reduziert hatten. In den USA mit wenig entwickeltem Sozialstaat dienten Mindestlöhne damals auch gesellschaftspolitischen Zielen wie der Linderung der Rassendiskriminierung oder der Bekämpfung der Kinderarbeit. Deutschland heute verfügt über einen hoch differenzierten Wohlfahrtsstaat und eine historisch weit zurückgehende Arbeiterschutzgesetzgebung. Es gibt keine legale Diskriminierung von ethnischen Minoritäten.

Mit der Einführung des Mindestlohns ging Roosevelts sozialpolitischem Reformimpuls der 1930er-Jahre zudem die Puste aus. Der FLSA wurde zum letzten Hurra des „New Deal“, jenes eklektischen Reformbündels, mit dem der Name des 32. Präsidenten untrennbar verbunden ist. Nach der beispiellosen Abwärtsspirale, die der Börsenbruch vom 24. Oktober 1929 ausgelöst hatte, war Roosevelt zeitgleich mit Hitler auf dem Tiefpunkt der Weltwirtschaftskrise 1933 ins Amt gelangt. Auch Amerika verabschiedete sich vom reinen Laissez-faire, holte partiell Entwicklungen nach, die in Deutschland ein halbes Jahrhundert früher eingesetzt hatten. Der Mindestlohn war eine sehr amerikanische Antwort auf den europäischen Wohlfahrtsstaat: Die sozialen Folgen der Industrialisierung sollten durch einen angemessenen Lebensunterhalt abgefedert werden – nicht durch sozialstaatlichen Dirigismus. Auch galt es den Konsum zu fördern, der von der Arbeiterbewegung



**Der Reform:** US-Präsident Roosevelt (l.) im Gespräch mit einem Arbeiter. FOTO: AKG

im 19. Jahrhundert als demokratische Tugend entdeckt worden war.

Seit dem Bürgerkrieg wurde in Amerika intensiv über Mindestlöhne debattiert. Wie so oft in den föderalistisch gesinnten USA ging einer Regelung auf Bundesebene eine Phase einzelstaatlicher Experimente voraus. Den Anfang machte 1912 Massachusetts. Bis 1935 hatte ein Drittel aller Staaten Mindestlöhne eingeführt. Nur der Süden verweigerte sich konsequent, um keine Ansprüche der diskriminierten Afroamerikaner zu begründen.

## Hohe Arbeitslosigkeit

Roosevelt wollte mit dem Mindestlohn die Initiative zurückgewinnen, die er nach seiner triumphalen Wiederwahl 1936 verloren hatte. Der Präsident brauchte einen Erfolg: Der Oberste Gerichtshof hatte wichtige Reformen gekippt. Die Arbeitslosigkeit war unverändert hoch. 1938 rutschte die Konjunktur wieder ab. Gegner sprachen

von einer „Roosevelt-Rezession“. Ihn rettete die Kriegskonjunktur ab 1939, sodass er 1940 und 1944 für präsidentenlose vier Amtszeiten wiedergewählt wurde.

Hoffte Roosevelt mit dem FLSA der Reformagenda des New Deal aufzuhelfen, so untergrub der Mindestlohn doch die prekäre Koalition, auf die er sich seit 1933 stützte. Teile der Roosevelt-freundlichen Gewerkschaften opponierten gegen den Mindestlohn. Der Vorsitzende der hauptsächlich Facharbeiter vertretenden American Federation of Labor (AFL), William Green, orakelte, das Minimum werde sich bald als Maximum erweisen. Er fürchtete eine Anpassung des Lohnniveaus nach unten. Könnten die Gewerkschaften noch für bessere Löhne für ihre Mitglieder kämpfen, wenn der Staat die Löhne von oben diktierte?

Am heftigsten regte sich der Widerstand im alten Süden, der seine Sonderkultur auch nach dem Ende des Bürgerkrieges beibehalten hatte. Dort war

die Sklaverei durch ein System legaler Rassendiskriminierung ersetzt worden. Konservative Südstaatendemokraten, also Mitglieder von Roosevelts eigener Partei, fürchteten Mindestlöhne wie der Teufel das Weihwasser. Der einzige Vorteil werde beseitigt, den der Süden im Wettbewerb mit der übermächtigen Industrie des Nordens besitze: billige Arbeitskräfte. Vor allem aber erweise sich der Mindestlohn als Dynamit für die überkommene Ordnung, könnten doch die Afroamerikaner ökonomisch unabhängiger werden. Weiße Südstaater sahen den Mindestlohn als notdürftig kaschierten Versuch nördlicher Liberaler, die „besondere Lebensform“ des Südens – also das Apartheidssystem – aus den Angeln zu heben.

## Hilfe für die Schwarzen

Mit dieser Vermutung lagen sie nicht ganz verkehrt. Führende New Dealer sahen im Mindestlohn mehr als ein wirtschaftspolitisches Instrument. Sie wollten etwas für die ausgegrenzten Schwarzen tun – die treuesten Anhänger Roosevelts. Ostentativ wurde der Mindestlohn ökonomisch gerechtfertigt. Doch wie viele scheinbar harmlose Fragen hatte die Mindestlohndebatte eine rassistisch konnotierte Konnotation. Afroamerikaner arbeiteten regelmäßig für Hungerlöhne und wurden von Gewerkschaften ausgegrenzt. Daher unterstützten viele afroamerikanische Organisationen den Mindestlohn. Umso größer war ihre Enttäuschung, als der FLSA mit Landarbeitern und Hauspersonal ausgerechnet die beiden Berufsgruppen nicht berücksichtigte, in denen im Süden traditionell Schwarze Beschäftigung fanden.

Trotz der Unterschiede zwischen den USA damals und Deutschland heute könnten aus der amerikanischen Debatte Erfahrungswerte für die deutsche Diskussion gewonnen werden: Amerika führte den nationalen Mindestlohn erst nach einer 25-jährigen Experimentierphase ein; es einigte sich auf einen Wert am unteren Ende der Lohnskala und weitete den Kreis der Berechtigten erst über die Jahrzehnte allmählich aus. Könnte Deutschland mit einem föderalen Modell Erfahrung mit Mindestlöhnen sammeln? Auch Deutschland heute kennt ein massives internes Lohngefälle wie das Amerika der 1930er-Jahre. Würde ein nationaler Mindestlohn Unternehmen im strukturschwächeren Norden und Osten übermäßig belasten, während das boomende Baden-Württemberg und Bayern davon kaum betroffen wären? Roosevelt musste mit dem Zerfall der innerparteilichen Koalition aus liberalen New Dealern und konservativen Südstaatendemokraten fertig werden. Welchen politischen Preis man im heutigen Deutschland für die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns entrichten müsste, darüber lässt sich nur spekulieren.

**Philipp Gassert** ist Stellvertretender Direktor des Deutschen Historischen Instituts in Washington, D. C., und Privatdozent für *Neuere Geschichte an der Universität Heidelberg*. 2007 ist von ihm bei Reclam eine „Kleine Geschichte der USA“ erschienen.

**HOTLINE**  
0228/884-245

**Kunst- / Kulturreise**

Spüren Sie auf dieser Reise mit dem Rheinischen Merkur die Atmosphäre der Stadt Paris, die schon Paula Modersohn-Becker zu Beginn des 20. Jh. faszinierte.

## Paris – Auf den Spuren von Paula Modersohn-Becker

28. Mai - 1. Juni 2008  
5 Tage (Mi. - So.)  
(ViadellArte)

Paula Modersohn-Becker war fasziniert von Paris, verzaubert von der Atmosphäre in den Ateliers und Museen, und reiste insgesamt vier Mal in die damalige Hauptstadt der Kunst. Sie besuchen wie sie den Louvre und das berühmte Musée d'Orsay mit seiner weltweit einzigartigen Sammlung impressionistischer Malerei.

Erleben Sie das Flair dieser Stadt bei einer Fahrt durch elegante Stadtviertel, über den Place Vendôme, den Place de la Concorde und die Champs-Élysées, vorbei an Eiffelturm und Invalidendom und genießen Sie den atemberaubenden Ausblick vom 209 m hohen Tour Montparnasse bei einem Cocktail.

Preis pro Person im DZ, inkl. Halbpension: **695,- €**  
Aufpreis Einzelzimmer: **245,- €**

Eigenanreise, die wir gerne für Sie organisieren.

Die ausführliche Reisebeschreibung finden Sie unter [www.merkur-lounge.de](http://www.merkur-lounge.de)

Coupon bitte ausschneiden und einsenden an:  
**Verlag Rheinischer Merkur GmbH • Leserreisen**  
**Heinrich-Brüning-Str. 9 • 53113 Bonn**  
Tel. 0228/884-245 • Fax 0228/884-241 • [SWolter@merkur.de](mailto:SWolter@merkur.de)

Vorname, Name \_\_\_\_\_

Straße, Hausnummer \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Telefon, E-Mail \_\_\_\_\_

Bitte schicken Sie mir nähere Informationen zu folgenden Reisen:

Paula Modersohn-Becker in Paris

Auf den Spuren der Christen in der Türkei (4.-11. Mai 2008)

Usbekistan (5.-16. Mai 2008)

Künstler auf Hiddensee (15.-18. Mai 2008)

Sankt Petersburg (6.-11. Juni 2008)

Bachfest in Leipzig (12.-16. Juni 2008)

Flämische Kunststädte (19.-23. Juni 2008)

MDR Musiksommer in Sachsen-Anhalt (8.-13. Juli 2008)

Königliches Loiretal (1.-6. Juli 2008)

Bitte schicken Sie mir das ausführliche Leserreisen-Jahresprogramm 2008

LESERREISEN

mit dem RHEINISCHEN MERKUR